

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Eigene Drahtberichte der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

Schluß der Etatsberatung.

Rückzugskanonade. — Die sechste Kanzlerrede. — Weihnachtsferien!

So. Berlin, 12. Dezember.

(Originaltelegramm der Hartung'schen Zeitung.)

Herr v. Bethmann Hollweg (die Sozialdemokratie revanchierte sich heute für das geringfügige Wort von dem sogenannten 'Wohlfühlungsprogramm'...

Das schwachbesetzte Haus nahm die sechste Kanzlerrede lautlos hin und der Abg. Erberger bewies nachher im Rahmen einer persönlichen Bemerkung dem Reichskanzler, daß er mit dieser Beweisführung kein Glück gehabt habe...

Den Anlaß zu dieser Rede hatten zweifelhafte Ausführungen des sozialdemokratischen Abg. Dr. Döbergh gegen den noch einmal den Etat und was damit zusammenhängt, nach allen Seiten hin und von allen Seiten herdrückte. Er sprach von den Reichsfinanzen, protestierte gegen die konteraktive Art und Weise, daß das Experiment des Wehrbudgets auch bei Rüstungsüberläufen nicht wiederholt werden dürfte...

In der vorangehenden und der nun folgenden Debatte beteiligten die übrigen Parteien darauf, noch die sogenannte dritte Garnitur anzuschneiden, die Sozialdemokraten und Fortschrittler schieden indes nicht nur einen dritten, sondern sogar einen vierten Redner ins Treffen. Der Abg. Dr. Döbergh sprach noch einmal auf die braunschweigische Thronfolgefrage zurück und erklärte, Herzog Ernst August habe keineswegs auf Hannover verzichtet...

Nach sieben Stunden konnte der Etat der Budgetkommission überwiesen werden, und es kam nun die sozialdemokratische Interpellation betr. die Ausschließung des Abg. Liebknecht aus der Rüstungskommission. Herr Ledebour brauchte eine Stunde zu dem Nachweis, daß die Haltung der Regierung einer zeitigen Zulassung des Reichskanzlers widerspreche...

Zu Beginn der neunstündigen Dauerung war der Antrag betr. die Beteiligung an der Weltausstellung in San Francisco lang und langlos bearbeitet worden — der zweite relativ geringfügiger Konflikt, aber immerhin ein Konflikt. Und so geht der Reichstag diesmal mit nicht weniger als freundschaftlichen Eindrücken in die Weihnachtsferien.

Sitzungsbericht.

Nach Annahme der Uebereinkunft betr. die Maßnahmen gegen Pest, Cholera und gelbes Fieber in dreier Lesung folgt, wie gemeldet, der Initiativgegenwurf betr. den Beitrag zu den Kosten der Beteiligung an der

Weltausstellung in San Francisco.

Abg. Baffermann (natl.) referierte über die gestrige Verhandlung der Budgetkommission. Er bat die Regierung, ihre Stellungnahme gegen die Beteiligung zu motivieren.

Ministerialdirektor Lewald: Nach meinen Erfahrungen in Ausstellungsangelegenheiten kann ich berichten, daß die vierzehn Monate vorläufige Zeit, zumal angesichts der außerordentlichen Entfernungen, zwei Millionen Mark in Vollzügen zur Verfügung zu stellen...

h. e. n. d. In St. Louis kostete das Deutsche Haus allein 1 1/2 Millionen Mark. In San Francisco würde es viel teurer sein, da die dortigen Arbeitslöhne enorm hoch sind.

Präsident Dr. Kömpf teilt mit, daß der Antrag zurückgezogen worden sei.

Bei der fortgesetzten

Etatsberatung.

führte Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.) aus: Die Behandlung der Habener Frage durch den Kanzler mißbilligen auch wir. Der Kriegsminister sollte die landmannschaftlichen Interessen auf dem Äternienhofe vertreten. Wir stimmen aber gegen das Misstrauensvotum, weil wir nichts unterstützen, was auf dem Wege zu einem parlamentarischen Regime liegt...

Abg. Sedda (Natl.): Der Kanzler das Misstrauensvotum als nicht beträchtlich, erfüllt uns mit Bechämung. Den Freiheitskampf der christlichen Volkspartei begleiten wir mit voller Sympathie. Das Verkommen von Habern sollte ein Wendezeichen für die Völker, die gegen eine nationale Minorität eine Unterdrückungspolitik verfolgen, wie Preußen. Der Fall von Habern erreicht dem Meer, dem Kriegsminister und dem Reichskanzler nicht zum Ruhm...

Abg. Albers (Wirtsch.): Wir protestieren gegen die Behauptung, die Welfen beabsichtigten die Wiederherstellung des Königreichs Hannover mit Hilfe des Auslandes. Wir erstreben allerdings, den rechtmäßigen Ansprüchen auf Hannover Geltung zu verschaffen. Der Krieg von 1866 war ungerecht, ebenso die Annexion. Wir freuen uns, daß der Kanzler das Recht des Braunschweiger Landes als dem Grund des Bundesratsbeschlusses hinstellte. Wir fordern auf Grund desselben Rechts die Selbständigkeit des Hannover'schen Landes...

Abg. Dr. David (Soz.): Der Rüstungsstreikereien muß im Reichstage ein energisches 'Nein' entgegengebracht werden. Der heilige Weg, das Reich zu führen, ist eine internationale Verständigung. Diese Bestrebungen werden wir stets unterstützen. Die Bedrückungstheorie, die man bei den Dänen, in der Nordmark, in den Ostmarken und in Ostpreußen vertritt, verurteilen wir. Der Reichskanzler erklärte, daß er keine neuen Geleise zugunsten der Arbeitswilligen wolle. Er kann aber nicht, wie er will, da er im jetzigen Reichstage keine Mehrheit hat. Die Koalitionswagen verurteilen wir...

Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg:

Die von der Sozialdemokratie angeführten Anträge betr. die Grenzsetzung und die Entlassung des Reichskanzlers durch das Parlament bedeuten eine völlige Verletzung der Gewalt und eine schwere Beeinträchtigung der Macht des Kaisers. Die verfassungsrechtliche Seite ist. Ich habe früher gesagt, es könne scheinen, als ob eine Streit zwischen Armee und Volk entstände. Dr. David sagt jetzt, es bestehe eine Streit in dem Heere zwischen Offizieren und Mannschaften. (Sehr richtig! links.) Das beweist, daß die Sozialdemokraten keine Ahnung haben, wie es im Heere aussieht...

Abg. Hoff (Natl. Bg.): Die Erklärung des Kriegsministers zu der Frage, ob die Verlegung der Haberner Garnison dauernd oder zeitweilig erfolge, übertrifft. Wegen der Verträge kann nicht die ganze Gemeinde durch Entziehung geschädigt werden. Die Forderung der deutschen Vierzugs ist eine der höchsten vaterländischen Pflichten.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Vos (Soz.), Kovich (Natl. Bg.) und Criel (Natl.) wurde die Debatte geschlossen. Der Etat wurde der Budgetkommission überwiesen. Es folgt die Interpellation der Sozialdemokraten betr. die

Ausschließung des Abg. Liebknecht aus der Rüstungskommission.

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit.

Abg. Ledebour (Soz.): Die Einsetzung der Kommission ist auf die gerichtlich angeordneten Korruptionen bei den Rüstungslieferungen zurückzuführen. Gerade der Abg. Dr. Liebknecht hat durch seine Enthüllungen den Stein ins Rollen gebracht. Wir hatten geglaubt, er würde sich damit vielleicht den Rotten Adlerorden vierter Klasse verdienen. (Große Heiterkeit.) Nachdem nach anfänglichen Bedenken die Regierung dem Wünsche der Parteien gefolgt war, schlug unsere Fraktion die Abgeordneten Noske und Dr. Liebknecht vor. Dr. Liebknecht wurde von der Regierung abgelehnt, weil er vorzeitig angenommen sei und in der Öffentlichkeit eine zu präponierte Stellung einnehme. Schließlich sollte Liebknecht als Sachverständiger zugezogen werden. Ein Sachverständiger kann aber so oft oder so wenig gehört werden, wie die Regierung es will. In der Presse ist behauptet worden, Liebknecht sei wegen Landesverrats verurteilt worden. Das ist erlogen. Er ist nur wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens mit Bestrafung bestraft worden. Wir lehnten es schließlich ab, uns überhaupt an der Kommission zu beteiligen. Die Parteien sollten sich auch in dieser Angelegenheit an unsere Seite stellen, um ein Recht des Reichstages zu verteidigen. (Ansturm bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Interpellation erbringt einen Widerspruch zwischen meiner Erklärung vom 23. April im Auftrage des Reichskanzlers und der Nichtübernahme des Abgeordneten Liebknecht in die Rüstungskommission. Ein Widerspruch besteht nicht. (Widerpruch links.) Ich legte damals auseinander, daß ich Bedenken hätte, daß bei solcher Kommission dem Reichstage ein Mitbestimmungsrecht in der Weise eingeräumt werde, daß er an der Wahl der Mitglieder teilnehme. Es lag mir daran, diejenigen Herren zu gewinnen, die in Heer- und Marinefragen besonders orientiert sind. Aus dem Grunde habe ich von der sozialdemokratischen Fraktion die Herren Noske und Dr. Südekum für besonders geeignet gehalten. Darauf erhielt ich die Mitteilung, daß die Fraktion an Stelle von Dr. Südekum den Abgeordneten Liebknecht in den Vorschlag bringe. Da der Kommission auch andere Herren angehören sollten, die nicht dem Hause angehören, hielt ich den Abgeordneten Liebknecht nicht für geeignet, da er eine zu präponierte Stellung in der Frage einnimmt. Nach den Darlegungen des Abgeordneten Ledebour stehe ich aber nicht mehr einem Wunsch der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber, sondern einer Forderung, die ich nicht anerkenne. (Abg. Ledebour ruft: Wortlaute! Der Präsident ruft ihn zur Ordnung.) Darauf wurde von uns der Vorschlag gemacht, den Abgeordneten Liebknecht als Sachverständigen zuzuziehen. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte nun die Beteiligung ab. Ich muß hier konstatieren, daß es sich bei der Kommission nur um die Erörterung der wirtschaftlichen Fragen in der Rüstungsfrage handelt. Wenn dabei auch andere Fragen, wie ausländische Spionage, erörtert werden, so muß das weniger temperamentvoll geschehen, als es hier im Laufe der Abgeordnete Liebknecht nicht zum Nutzen des Vaterlandes getan hat. (Sehr richtig! rechts.) Der Abgeordnete Liebknecht hat diese Dinge zur Sprache gebracht, als die Verbündungen schwächen. Er hat von einem Panama gesprochen — ein Ausdruck, der keineswegs berechtigt war. Ich wollte den Abgeordneten Liebknecht nicht in der Kommission haben, dessen Auftreten geeignet war, Deutschland im Auslande zu schädigen. (Beifall rechts. Zwischen links.)

Auf Antrag des Abgeordneten Haase (Soz.) wird in die Debatte eingetreten.

Abg. Schäfer-Wagdeburg (natl.): Nachdem einmal der Reichstag auf den Boden des Schreibens des Reichskanzlers getreten war, konnte der Reichstag nicht mehr auf dem Recht bestehen, die Mitglieder für die Kommission selbst zu ernennen. Der Reichskanzler hatte somit das Recht, aus den vorgelegenen Mitgliedern diejenigen auszuwählen, die ihm am geeignetsten erschienen. Es ist wirklich rührend, wie die ganze große sozialdemokratische Fraktion einzig für Liebknecht eintritt, der nie so hineingelacht hat. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Die Vorwürfe, die der Abg. Liebknecht hier mit großen Worten erhoben hat, haben sich zum großen Teil als nicht stichhaltig erwiesen, und das Volk hat das Gefühl, (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Wir wollten uns nicht immer gleich in Vorharn jagen lassen, wenn irgendeine öffentliche Beschuldigung erhoben wird. Hoffentlich nimmt der Abg. Ledebour künftig den Mund nicht wieder so voll. (Beifall und Heiterkeit.)

Abg. Gothein (Natl. Bg.): Der Reichstag hat kein formales Recht, die Belegung der Kommission zu beeinflussen. Aber bei der Belegung der Mitglieder sollten die Wünsche des Hauses berücksichtigt werden. Es hätte aber nichts geschadet, wenn Abg. Liebknecht ruhig der Kommission angehört hätte. Wir wünschen, daß nichts hinter verschlossenen Türen verhandelt wird.

Abg. Frhr. v. Gamp (Natl.): Die Behandlung des früheren Direktors bei Krupp, Landrats a. D. Köster, vor Gericht war ungerechtfertigt. (Vizepräsident Dr. Döbergh ruft dem Redner, zur Sache zu sprechen.) Auf die Belegung der Rüstungskommission will ich nicht eingehen.

Abg. Noske (Soz.): Wenn ein Teil der Weltverletzung in der Kommission überhaupt nicht vertreten ist, muß das vom Volke von vornherein großes Mißtrauen erregen. Es handelt sich hier nicht um die Bedeutung des Abg. Liebknecht, sondern um ein Recht des Reichstages. Wir sind überzeugt, daß Dr. Liebknecht uns nicht hineingelegt, sondern sich ein ewiges Verdienst erworben hat. Wir betrachten die Ablehnung des Abg. Liebknecht als eine offene Parteinahme der Regierung für die Korruptionfirma Krupp.

Nachträglich rügte der Präsident: einige Ausdrücke des Abg. Noske

Damit ist die Rednerliste erschöpft und die Tagesordnung erledigt. Der Präsident wünscht den Abgeordneten eine frohe und gesunde Wiederkehr im neuen Jahre. — Nächste Sitzung Dienstag, den 13. Januar, 2 Uhr. Petitionen. — Schluß gegen 7 1/2 Uhr.

Berlin, 12. Dezember. Nach den Ausführungen des Abgeordneten Baffermann und des Ministerialdirektors Lewald über die Frage der Beteiligung Deutschlands an der Weltausstellung in San Francisco erklärte er in der heutigen Sitzung des Reichstages Präsident Dr. Kömpf, er nehme an, daß damit dieser Punkt der Tagesordnung erledigt sei. Diese Erklärung ist nun vielfach so verstanden worden, als ob damit der Initiativantrag auf Einstellung eines Nachtragsetats zurückgezogen sei. Das Volkische Telegraphen-Bureau wird aus parlamentarischen Kreisen darauf aufmerksam gemacht, daß diese Auffassung nicht richtig ist. Der Antrag ist nicht zurückgezogen und eine Entscheidung des Reichstages ist in dieser Angelegenheit nicht erfolgt.